



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Dr. Franz Rieger, Barbara Becker, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Alfred Sauter, Walter Taubeneder, Manuel Westphal** und **Fraktion (CSU)**

Gemeinsamer Kampf gegen den Krebs in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Krebs ist die zweithäufigste Todesursache nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen. In ganz Europa gibt es viele Bemühungen im Kampf gegen den Krebs – in der Forschung nach neuen Heilmethoden, in der Früherkennung und der Prävention.

Der Landtag ist der Ansicht, dass eine Bündelung und Koordinierung dieser Bemühungen und der vorhandenen Ressourcen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger größere und schnellere Fortschritte ermöglicht. Europa und die Europäische Kommission können dabei einen zentralen Beitrag leisten.

Der Landtag begrüßt daher die Idee, gemeinsam in Europa entschiedener gegen Krebs als Todesursache vorzugehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diese Bemühungen zu unterstützen und

- sich auf Bundesebene für eine Anhebung der Mittel in der Krebsforschung einzusetzen. Das gilt insbesondere im Bereich der Versorgung von Kindern.
- sich auf Bundesebene für einen weiteren Ausbau der Telemedizin sowie der Digitalisierung zum Wohle der Patientinnen und Patienten stark zu machen. Das gilt insbesondere auch für die Ausarbeitung gemeinsamer europäischer Normen, um eine Interoperabilität der verschiedenen Systeme zu gewährleisten. Ziel soll auch sein, dass Patientinnen und Patienten grenzüberschreitend Spezialisten konsultieren können, ohne lange Fahrzeiten in Kauf nehmen zu müssen. Wenn dies aufgrund der Entfernungen und der zeitlichen Erfordernisse möglich und sinnvoll erscheint, ist dem persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt allerdings grundsätzlich der Vorzug zu geben.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Empfehlungen des Rates zur Krebsfrüherkennung vom 02.12.2003 (2003/878/EG) überarbeitet werden.
- über die Erfahrungen des Bayerischen Krebsregisters zu berichten, die auch einen Beitrag zu einem Netzwerk europäischer Krebsregister leisten können. Ziel muss eine stärker personalisierte und auf europäischer Ebene stärker vernetzte Krebsmedizin mit Elementen der Vorsorge, Früherkennung, (individualisierter) Therapie und medizinischer und psychosozialer Nachsorge und Rehabilitation sein. Die Vernetzung von Gesundheitsdaten erscheint insbesondere im onkologischen Bereich erfolgversprechend.

Begründung:

Krebs ist in Deutschland die zweithäufigste Todesursache nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Hälfte der bayerischen Krebspatienten ist 68 Jahre und älter. Jährlich erkranken allein in Bayern circa 64.000 Menschen neu an Krebs. Europa hat die Menschen in den vergangenen Jahrzehnten stärker zusammengebracht. Für die kommenden Jahre muss es auch gelingen, im Bereich der Gesundheitsversorgung – und hier insbesondere im Kampf gegen bösartige Neubildungen – stärker zusammenzuarbeiten. Das gilt für die Forschung, aber auch für die Versorgung der Krebspatientinnen und -patienten – etwa im Bereich der palliativmedizinischen Versorgung.

Vor allem muss es gelingen, die Digitalisierung im Gesundheitssystem weiter voranzutreiben und die Systeme so zu gestalten, dass die Daten unter Wahrung des Datenschutzes grenzüberschreitend ausgewertet und zum Wohle der Menschen genutzt werden können – mit dem Ziel, die Versorgung der Menschen europaweit weiter zu verbessern. Auch müssen die Empfehlungen des Rates zur Krebsvorsorge aus dem Jahr 2003 aktualisiert werden.

Entscheidende Schritte können schneller und besser gemacht werden, wenn die Mitgliedstaaten ihre Kräfte bündeln und grenzüberschreitend eng zusammenarbeiten. Der Europäischen Kommission kann dabei eine wichtige Koordinierungsfunktion zukommen, ohne dass dadurch in Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingegriffen werden müsste. Diese koordinierten Anstrengungen sollten möglichst bald auf den Weg gebracht werden. Die Initiative der Europäischen Volkspartei in ihrem Positionspapier „Die EU kann die Heilung von Krebs unterstützen“ kann dazu ein guter Anstoß sein.